

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für Groß-Berlin sowie bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Straßband 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 10 III. Verleger: Kurt Norden 2893 und 2894.

Inserate kosten die Schreibweise. Nonpareil-Druckerei oder deren Name 70 Pf. „Meine Anzeigen“ das fertige Blatt 20 Pf., jedes weitere Blatt 15 Pf. Erinnerungszuschlag 20 %. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Instrukte für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 10. Verleger: Kurt Norden 2768.

# Die Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Dienstag, den 28. Januar 1919

Nummer 49

# Kaiserfeier im Großen Hauptquartier.

### Das Hauptquartier der sozialistischen Republik.

Zu der Nacht vom 26.—27. Januar fand im Großen Hauptquartier in Anwesenheit von Hindenburg und Groener eine Kaisergeburtstagsfeier statt. An der Feier nahmen die zum Generalstab des Feldheeres gehörigen Offiziere teil.

Das hindert natürlich die Herren nicht, unermüdet auf dem Boden der Republik zu stehen und die Regierung Ebert-Scheidemann als ihre besten Mitarbeiter zu feiern. Dieser Herren wegen dürfen die Soldatenforderungen nicht durchgeführt werden und müssen die Soldatenräte allen wirklichen Einflusses beraubt werden.

### Trennung von Schule und Kirche in Bayern.

München, den 28. Januar. Das bayerische Kultusministerium erläßt zur Frage der Trennung von Schule und Kirche eine Verordnung, wonach gegen den Willen des Erziehungsberechtigten künftig ein Kind nicht mehr zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden kann. Auf Grund einer mündlich oder schriftlich beim Schulleiter oder Klassenlehrer abgegebenen Willenserklärung des Erziehungsberechtigten sind Schüler und Schülerinnen ohne weiteres vom Besuch des Religionsunterrichts entbunden. Die Schule darf, den Lehrplanmäßigen Religionsunterricht ausgenommen, zur Erfüllung von religiösen Pflichten keine disziplinarischen Zwangsmittel anwenden.

### Kommunistischer Putz in Wilhelmshaven.

Nach einer Volksmeldung sollen sich Kommunisten der Stadt Wilhelmshaven bemächtigt haben. Sie sollen die öffentlichen Gebäude, Reichsbank, Stationskasse besetzt halten und das Standgericht verhängt haben. Der Telephon- und Telephonverleiher ist unterbunden. Reisende erzählen, daß alles ruhig sei.

Oldenburg, 27. Januar. Auf der Bahnstrecke von Varel nach Wilhelmshaven streikt sämtliches Bahn- und Telegraphenpersonal, um die kommunistischen Unruhen in Wilhelmshaven zum Stillstand zu bringen. Auch die Werkschenschaft hat sich ihnen angeschlossen. Die Unruhen haben auch nach Westerstede und Nordhamm übergegriffen.

### Zwangweise Einberufung.

Durch die Presse ging vor einigen Tagen eine Notiz, in welcher gesagt wurde, die Regierung treffe Vorbereitungen zu einer eventuellen Einberufung der wehrfähigen Männer bis zu 85 Jahren. Die Nachricht wurde von der Regierung sofort dementiert. Trotzdem nehmen die zwangsweisen Einberufungen ihren Fortgang. Anderen noch im Heeresdienst befindlichen Personen wird die Entlassung verweigert. Bei der Einberufung bedienen sich die militärischen Stellen durchaus der alten Methoden. Hier ist ein solches Dokument:

Train-Kelner

H. R.,

Berlin.

Sie haben sich binnen 8 Tagen nach Empfang dieses Schreibens bei obigem Truppenteil zu melden. Andernfalls erfolgt Bestrafung.

Sie haben sich... Das erinnert an die Zeit der militärischen Hochzeit im Jahre 1914. Das klingt nicht wie Demobilisierung, sondern wie neue Aufrüstung. Außerdem erläßt die Feldzeugmeisterei ein Rundschreiben an die Artilleriedepots, bei denen sie anfragt, ob die Weiterführung der Munitionsarbeiten gesichert sei. Sie rechnet bei einer Weiterentwicklung der Verhältnisse im Osten mit einem großen Bedarf an

Feuertrommel-Munition und gibt Hinweise, die Anfertigung neu in die Wege zu leiten und zu beschleunigen. Angesichts solcher Tatsachen empfiehlt es sich, die diesbezüglichen offiziellen Dokumenten der Regierung recht kritisch zu betrachten und alle weiteren Vorgänge scharf im Auge zu behalten.

### Landtagswahl in Mecklenburg.

Makel, 28. Januar. Bei den Wahlen zum verfassungsgebenden Mecklenburgischen Landtag verteilten sich die Sitze nach den vorläufigen Wahlergebnissen wie folgt: Sozialdemokratische Partei 31, Deutsche demokratische Partei 18, Deutsche nationale Volkspartei 8, Deutsche Volkspartei 3, Mittelstandspartei 1, Dorfbund 1, und außerdem noch 2 Sitze für die verbundenen Listen der bürgerlichen Parteien des vierten Wahlkreises.

### Sozialdemokratischer Wahlsieg in Lippe.

Nach der vorläufigen Feststellung des Ergebnisses der Wahlen zum Lippschen Landtag am 26. Januar haben erhalten: Sozialdemokratische Partei 37 425, Demokratische Partei 14 730, Deutschnationale Volkspartei 16 610, Lippscher Wahlverband 5811 Stimmen. Es erhalten demnach Sitze: Sozialdemokraten 11, Demokraten 4, Deutschnationale Volkspartei 5, Lippscher Wahlverband -

### Weitere Wahlergebnisse.

1. Wahlkreis. Regierungsbezirk Ostpreußen bis 27. 1. 9 Uhr abends. Deutsche Demokratische Partei 103 398 Stimmen, voraussichtlich 4 Sitze, Mehrheitssozialdemokraten 94 478 Stimmen, voraussichtlich 10 Sitze, Christliche Volkspartei 27 815 Stimmen, voraussichtlich 2 Sitze, Soldatenliste 24 036 Stimmen, voraussichtlich keinen Sitz, Deutsche Volkspartei 55 042 Stimmen, voraussichtlich 2 Sitze, Deutschnationale Volkspartei 78 082 Stimmen, voraussichtlich 3 Sitze. 12 Kreise fehlen noch.

8. Wahlkreis. Provinz Vosen. (Amtliches Ergebnis der Nationalwahl.) Deutschnationale Volkspartei 110 502 Stimmen und 5 Sitze, Deutsche Demokratische Partei 72 288 Stimmen und 8 Sitze, Deutsche Volkspartei 54 883 Stimmen und 3 Sitze, Sozialdemokratische Partei 53 297 Stimmen und 2 Sitze, Christliche Volkspartei 38 640 Stimmen und 1 Sitz.

10. Wahlkreis. Regierungsbezirk Opperin. (Amtliches Wahlergebnis.) Unabhängige 32 276 Stimmen (2 Sitze), Mehrheitssozialdemokraten 180 954 Stimmen (7 Sitze), Zentrum 315 304 Stimmen (11 Sitze), Deutschnationale Volkspartei 47 154 Stimmen (1 Sitz), Deutsche Demokratische Partei 35 450 Stimmen (1 Sitz).

12. Wahlkreis. Reg.-Bez. Magdeburg. (Amtliches Wahlergebnis.) Unabhängige 20 320 Stimmen (keinen Sitz), Mehrheitssozialisten 305 205 Stimmen (7 Sitze), Deutsche Demokratische Partei 147 505 Stimmen (4 Sitze), Deutsche Volkspartei 20 930 Stimmen (keinen Sitz), Deutschnationale Volkspartei 61 148 Stimmen (einen Sitz), Christliche Volkspartei 10 678 Stimmen (keinen Sitz), 25 kleinere Bezirke, die das Ergebnis nicht ändern, liegen noch aus.

14. Wahlkreis. Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck. (Amtliches Ergebnis.) Mehrheitssozialisten 89 161 Stimmen (5 Sitze), Unabhängige 19 347 Stimmen (keinen Sitz), Deutsche Demokratische Partei 195 085 Stimmen (5 Sitze), Deutsche Volkspartei 61 926 Stimmen (1 Sitz), Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Partei 61 764 Stimmen (1 Sitz), Deutschnationale Volkspartei 15 410 Stimmen (1 Sitz), Christliche Volkspartei 7295 Stimmen (keinen Sitz).

16. Wahlkreis. Hannover. Vorläufiges Wahlergebnis. Bis 10 Uhr abends wurden gezählt für die Mehrheitssozialisten 491 627 Stimmen, Deutsche Demokraten 84 526 Stimmen, Unabhängige Sozialisten 10 929 Stimmen, Deutsche Volkspartei 73 094 Stimmen, Deutschnationale Volkspartei 24 157 Stimmen, Deutsch-Hannoveraner und Zentrum 257 093 Stimmen.

18. Wahlkreis. Braunschweig. (Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.) Mehrheitssozialisten 404 450, Zentrum 257 168, Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei 149 307, Deutsche Demokratische Partei 84 906, Unabhängige 45 385.

20. Wahlkreis. Regierungsbezirk Rbin-Nahe. (Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.) Christliche Volkspartei 114 036 Stimmen, Deutschnationale Volkspartei 9283 Stimmen, Deutsche Volkspartei 15 108 Stimmen, Deutsche Demokratische Partei 27 084 Stimmen, Mehrheitssozialisten 108 030 Stimmen, ungenügend 908 Stimmen. Insgesamt haben gewählt 276 827 Stimmen gegenüber 311 181 Stimmen am 19. Januar.

### Die Bedeutung der Gemeindevahlen.

Den Wahlen für die Nationalversammlung und für die Preussische Landesversammlung sollen die für die Gemeinden folgenden. Nach der veröffentlichten Verordnung sollen die Gemeinden bis zum 2. März neu zusammengesetzt werden; bis dahin bleiben die gewählten Vertreter im Amt. Die Revolution hat auch auf diesem Gebiete mit all den Beschränkungen aufgeräumt, die einer wirklichen Vertretung der breiten Massen des Volkes im Wege standen: Mit dem Dreiklassenwahlrecht und den Privilegien des Haus- und Grundbesitzes.

Zur Wahl zur Gemeindevertretung soll das gleiche Wahlrecht zur Anwendung kommen wie für die Wahlen zur Nationalversammlung und zum Preussischen Parlament; später ist lediglich eine Ortsanfähigkeit von 6 Monaten für die Wahlberechtigung in Aussicht genommen. Offen ist noch, wie die Magistratsverfassung aussehen soll; ob die Wahl der Magistrate und der anderen Verwaltungsbeamten in direkter Wahl oder durch die Vertretung vorgenommen werden soll.

Nach dieser Wahlordnung ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß wir nach dem 2. März in zahlreichen Gemeinden mit starken sozialistischen Mehrheiten zu rechnen haben werden. Diese Aussicht stellt uns vor große Aufgaben und hebt die Gemeindevahlen über die Bedeutung der stattgehabten Wahlen weit hinaus. Sozialistische Mehrheiten müssen die Geschäfte der Gemeinden in ihrem Sinne verwalten in einer Zeit, da wir noch in der Privatproduktion stehen. Aber mit Hilfe der vorbereitenden Arbeiten der Sozialisierungskommission werden den Gemeinden heute schon neue Tätigkeitsgebiete eröffnet. Der kommunal-sozialismus wird sich erheblich ausweiten können.

Es gibt kaum ein Gebiet, das nicht auch in das Arbeitsgebiet der Gemeinde fällt. Der Krieg mit seiner Zwangswirtschaft hat die Gemeinden gezwungen, zahlreiche Gebiete selbst zu bewirtschaften. Sozialistische Verwaltungen können hier und da ausbauen und erweitern. Im Krieges rächte es sich bitter, daß man sich früher dem Drängen der in der Minderheit befindlichen sozialdemokratischen Vertreter widersetzte, großzügige kommunal-sozialistische Maßnahmen zu beschließen und durchzuführen.

Eine der wichtigsten ist die Lebensmittelforschung der Bevölkerung. Hier muß fortgeführt werden, was der Krieg aufnotigte. Die Schwierigkeiten sind keine geringen, in einer Zeit, da Produktion und Zufuhr nur eine begrenzte sein kann. Aber der Krieg geht zu Ende. Einfuhr und Zufuhr werden wieder steigen. Da darf dieses wichtige Gebiet nicht wieder profitorientierten Spekulantem ausgeliefert werden. Die Bevölkerung ist nicht einer Handvoll Ausbeutern wegen da.

Ein geordnetes Steuer- und Schulwesen muß Hand in Hand mit großzügigen Reformen der staatlichen Verwaltung in die Wege geleitet werden, damit die Einheitlichkeit gewahrt wird und die Kommunen nicht lokalpatriotische Politik treiben. Das Wohnungswesen stellt einer sozialistischen Gemeindeverwaltung ungenügende Aufgaben. Die Polizei muß in die Hand der Gemeinde kommen. Zum Teil ist das heute der Fall, aber nur zum Teil. Die Polizei kann kein Organ zur Aufrechterhaltung der früheren staatlichen Machtpolitik sein. Sie soll Schutz und Hilfe den Einwohnern der Gemeinde sein.

Die Gemeinden sollen ihre Verwaltung unter Ausschluß jeder Bevormundung ordnen. Deshalb müssen alle aufstrebenden Verwaltungsbehörden befeitigt werden. Sie fördern nicht, sondern hemmen jede freie Entwicklung, soweit sie nicht allgemein ergänzend das ganze vorwärts bringen.

In einer Zeit, wie der jetzigen, in der auch die Gemeinden durch den Krieg finanziell zerrüttet sind, die Geschäfte der Gemeinden zu übernehmen, in kommunal-sozialistischem Sinne zu leiten, ist eine schwierige Aufgabe. Aber entziehen können wir uns ihr nicht. Vor noch so großen Schwierigkeiten dürfen wir nicht zurückschrecken.

Wenn wir das aber wollen, müssen wir alle Kräfte für die Gemeindeverwaltung mobil machen. Es soll gezeigt werden, daß wir nicht nur reden, sondern auch handeln können. Dazu gehört, daß auf die Auswahl der Kandidaten die größte Sorgfalt verwendet werden muß. Es hängt viel davon ab, daß die richtigen Männer und Frauen gefunden und an die rechte Stelle gesetzt werden. Es gilt zu zeigen, daß der Sozialismus auch positiv wirken kann. Seien wir uns deshalb alle der Bedeutung der bevorstehenden Gemeindevahlen in vollem Maße bewußt.

### Die Verordnung über die Gemeindevahlen.

Die Verordnung der preussischen Regierung hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Mitglieder der Gemeindevvertretungen werden in allgemeinen, unmittelbaren und gehehmen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2. Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 21. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit sechs Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Ob diese Voraussetzungen zutreffen, entscheidet sich für das aktive Wahlrecht nach dem Zeitpunkt der Auslegung der Wählerliste.

Als Wohnsitz ist der Gemeindebezirk anzusehen, in dem jemand eine Wohnung unter Umständen inne hat, die auf die Absicht der dauernden Wohnsitznahme schließen lassen.

§ 3. Von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen ist:

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

§ 4. Aufgehoben werden Vorschriften, wonach: das Wahlrecht in anderen Fällen als denen des § 3 ruht, Forensen und juristischen Personen ein Wahlrecht zuteilt, die Ausübung des Wählerrechts von der Zahlung eines Bürgerrechtsgebühres abhängig gemacht wird;

ein bestimmter Prozentsatz der Gemeindevvertretung aus Grundbesitzgeheimen, Nießbrauchern usw. bestehen muß (sogenanntes Hausbesitzerprivileg);

bestimmte Beamtengruppen von der Wahl zum Gemeindevorstand oder gar Gemeindevvertretung ausgeschlossen sind; neben den gewählten auch nichtgewählte Personen der Gemeinde- (Bürgermeister-) Vertretung als Mitglieder hinzutreten.

§ 5. Die Gemeindevvertretungen bestehen aus mindestens 6 und höchstens 14 Mitgliedern.

§ 6. In den Städten der Provinz Hannover werden die Mitglieder des Magistrats von den Bürgermeistern gewählt.

Hinsichtlich der Zahl der Bürgermeister in den Städten der Provinz Hannover gelten die Bestimmungen der Städteordnung für die übrigen Provinzen vom 30. Mai 1853 (Gesetzsamml. S. 221) sinngemäß.

§ 7. Die gegenwärtigen Gemeindevvertretungen werden aufgelöst. Die Neuwahlen haben an einem Sonntage bis spätestens zum 2. März 1919 zu erfolgen.

Die Mitglieder der Gemeindevvertretungen werden bis zur erfolgten Neuwahl in ihren Ämtern.

§ 8. Für die Vornahme der auf Grund dieser Verordnung erstmalig stattfindenden Wahlen ist die Wahlordnung für die verfassunggebende preussische Landesversammlung mit der Maßnahme anzuwenden, daß an Stelle des Wahlkommissars der in den Gemeindeverordnungen festgesetzte Wahlvorstand bzw. die Wahlkommission tritt.

Bei der erstmaligen Wahl sind die Wählerlisten zur preussischen Landesversammlung anzuwenden. Die besonderen Bestimmungen des § 2 dieser Verordnung über Dauer und Begriff des Wohnsitzes gelten für die erstmalige Wahl nicht.

Für die späteren Wahlen wird das Wahlverfahren auf der Grundlage der gegenwärtigen Verordnung durch eine besondere Wahlordnung geregelt, welche das Ministerium des Innern erläßt.

Bei der erstmaligen Wahl werden Wahlbezirke nicht gebildet. Für die weiteren Wahlen können durch Ortsstatut Wahlbezirke gebildet werden.

§ 9. Die Bestimmungen der Städte- und Landgemeindevordnungen über die Teilnahme am Gemeindevermögen, Gemeindegliedervermögen und Anwesen werden durch diese Verordnung nicht berührt.

§ 10. Die Bestimmungen der Städte- und Landgemeindevordnungen (Gemeindevordnungen) werden insoweit aufgehoben, als sie den Vorschriften dieser Verordnung entgegenstehen. Ortsstatutarische Ergänzungen sind insoweit zulässig, als sie den Bestimmungen dieser Verordnung und der nach § 8 Abs. 3 zu erläßenden Wahlordnung nicht zuwiderlaufen.

## Vor einem Jahre.

Es ist wohl nicht uninteressant und vielleicht auch ganz lehrreich, den Blick einmal auf das zurückzuwenden, was in diesen Tagen vor einem Jahre vor sich ging.

Am 28. Januar 1918 brach in Berlin — und dann bald auch anderswo — der große Streik aus, der erste wirkliche Massenstreik der deutschen Arbeiter für politische Forderungen, der wichtigste Vorläufer der revolutionären Bewegung, die dann im November zum Sturz der alten Gewalten führte. Wer nicht blind und taub war, wer leben und hören wollte, der konnte sich damals schon überzeugen von der tiefgreifenden Gärung im Proletariat, von der freudigen Empörung der Massen über das Treiben der Gewaltpolitiker, ihre Unterdrückung im Innern und ihre kriegerischen gerade nach außen. Alles hatte das alte Regiment getan, um den Ausbruch solcher Massenbewegungen zu verhindern, rücksichtslos hatte es alle eingeschert, oder eingeschlossen, die im Verdacht standen, als „Aushilfer“ oder Vertrauensleute der Arbeiterschaft tätig zu sein, wuchtige Schläge führte es sofort, als die ersten Anzeichen der Bewegung sich bemerkbar machten, um ihre weiteres Ausbreiten zu verhindern. Und die politischen Machthaber fanden willige Unterstützung bei den Gewerkschaftsinstanzen, die wieder und wieder in Erklärungen und Aufrufen die Arbeiter warnten, den „Heteren“ „unverantwortlichen“ Elementen — „anonymen“ Flugblattschreibern Folge zu leisten und sich zur Arbeitserlegung verleiten zu lassen.

Schließlich tat auch die Sozialdemokratie Scheidemannscher Richtung das Ihrige, um die Arbeiter von „unbesonnenen Aktionen“ fernzuhalten. Umsonst: der Streik brach aus, er schwoll an, er nahm alle Unterdrückungsmaßnahmen zum Trotz eine rasche Ausbreitung auch in der Provinz, viele Hunderttausende in Berlin und viele Hunderttausende draußen demonstrierten durch den Streik für ihre Forderungen. Schleunige Herbeiführung eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, ausgiebige Nahrungsmittelversorgung, sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, Wiedereinstellung der Arbeiterbestimmungen, Verrückung der Militarisierung der Betriebe, Freilassung der wegen politischer Handlungen Verurteilten und Demokratisierung Preußens.

Die militärische Macht der deutschen Gewalthaber war damals noch ungebrochen, ihre Selbstherrlichkeit nicht erschüttert, und das gab ihnen die Kühnheit und die Kraft, die Bewegung noch einmal mit den gewohnten Mitteln niederzuringen. Es ist bekannt, wie man vorging: Verbot aller Zusammenkünfte der Streikenden, Auflösung ihres Arbeiterrats und seines Aktionskomitees, Verhängung des verschärften Belagerungszustandes über Berlin und Einsetzung von Ausnahmegerichten, Unterbrechung der großen Betriebe ohne militärische Leitung, rücksichtsloses Dreinhalten der Polizeimacht, wo sich Ansammlungen bildeten, und zahlreiche Verhaftungen. Der Staatssekretär des Innern und dann auch der Reichszentralrat weigerten sich, Vertreter der Streikenden auch nur zu Verhandlungen zu empfangen. Man wollte wohl mit den von den Streikenden in des Aktionskomitees berufenen Reichstagsabgeordneten in Beratungen treten, offenfalls auch noch Vertreter der Gewerkschaften heranziehen, — aber die Delegierten der Streikenden selbst sollten nicht anerkannt werden.

Man erreichte es schließlich, daß Teile der Streikenden abtrüdelten, daß die Aktion scheiterte, ohne daß die Arbeiter demütigen, ihren Willen durchzusetzen.

Aber der Triumph war nicht von langer Dauer. Neun Monate — und die Sieger vom Februar waren die Niederwundenen, die Revolution hat siegreich ihr Banner empor. Einer von denen, die während jenes Januarestreiks verhaftet und dann zu diesen Jahren Haft verurteilt worden waren, zog am 10. Januar selbst als Beauftragter des Volkes, als Mitglied der Regierung in das Reichstagspalais ein, das während des Streiks die Vertreter der Streikenden zu Verhandlungen nicht hatten betreten dürfen.

Wenn wir einen Vergleich ziehen zwischen diesen Tagen und denen vor einem Jahre, empfinden wir freilich nicht nur triumphierend diesen Gegensatz zwischen damals und heute, nicht nur die Tatsache einer gründlichen Umwälzung der damaligen Machtverhältnisse. Mit diesem Schmerz beobachten wir auch gewisse Ähnlichkeiten zwischen der Zeit vor einem Jahre und der heutigen.

Auch jetzt wieder sehen wir von der Regierung scharfe Maßnahmen ergriffen, die sich gegen Proletariat richten. Schlimmer noch als vor einem Jahre gingen bewaffnete gegen Demonstranten vor, mehr Verhaftungen dürften vorgenommen sein als 1918, die „Sicherungsmaßnahmen“, die getroffen wurden, sind viel drückender als vor zwölf Monaten. Die Regierung, die heute am Ruder ist, knüpfte die Anbahnung von Verhandlungen mit denjenigen, die sich wider sie erhoben hatten, von vorne herein an so schwere Bedingungen, daß es schließlich zum Scheitern der Verständigungsgespräche kam.

Daß es diesmal keine Bourgeois-Regierung war, die ihren Widersachern gegenüber einen so schroffen Standpunkt einnahm, daß es Vertreter einer Arbeiterpartei waren, die an die Gewalt appellierten, das macht die Empfindung nicht weniger bitter, eher noch schmerzlicher. Es ist gewiß richtig, daß die Situation für diese Regierung in mancher Beziehung anders lag als für die Herren Hertling, Balfour usw., vor einem Jahre, daß es sich diesmal nicht nur um eine Arbeitserlegung und die Aufstellung gewisser Forderungen handelte, sondern um eine bewaffnete Erhebung einer Minderheit. Aber deshalb war es doch nicht nötig, die Bourgeoisie zu bewaffnen und mit brutalen Machtmitteln dreinzufahren.

Vielleicht wäre es ganz anders gekommen, hätte man — haben und drücken — gewisse Lehren mehr beachtet, die man aus dem Januarestreik von 1918 wohl ableiten konnte. Er hatte die revolutionäre Stimmung der Arbeiter gezeigt, ihren Willen zu einer entschlossenen Friedenspolitik und zur Abrechnung mit den Kriegsherrn. Hätte die sozialistische Reichsregierung darauf die Konsequenz einer Verrückung ihrer Launen, die bürgerliche Politik stützenden Kriegspolitik gezogen — wie viel weniger Mißtrauen würden ihr jetzt weite Kreise des Proletariats entgegenbringen! Charakteristisch für den Streik vom Januar 1918 war aber auch, daß er ausgebrochen war, die Arbeiter sofort nach einem Zusammenwirken der beiden sozialdemokratischen Parteien bei der Vertretung ihrer Interessen verlangten. Obgleich nur eine der beiden Richtungen, obgleich nur die Unabhängige sozialdemokratische Partei die Bewegung gefördert hatte, während die andere alles getan, um sie zu hemmen, setzten es die Streikenden durch, daß neben Haase, Ledebour und Dittmann auch die Scheidemann, Ebert und Braun aufgeführt wurden, in das Aktionskomitee einzutreten. Hätte das nicht eine Warnung sein müssen, wenigstens dann, als wieder — im November 1918 — die Massen in eine machtvolle Bewegung eingetreten waren, auf beiden Seiten dem Erneuerungsgebanen mehr Raum zu gewähren, als es der Fall war? Mühte es nicht eine Warnung sein, auch jetzt noch den Gedanken einer Einigung zu verfolgen?

Diejenigen, die verantwortlich sind für ein Vorgehen, das so sehr den Methoden der Machthaber vom Januar 1918 ähnelt, werden nicht beanspruchen können, in der Arbeiterschaft ein solches Vertrauen zu finden, daß man sich unter ihrer Führung einigen möchte. Aber solange die sozialistische Einheitsfront nicht hergestellt ist, ein tiefwurzelter Drang in den Arbeitermassen nicht befriedigt. Er wird immer wieder in kritischen Augenblicken hervorbrechen, wie er im Januar 1918 und wieder vor einigen Wochen, im Januar 1919 hervorbrach. Hätte man seinem Emporkommen vor einem Jahre mehr Beachtung geschenkt, — wie wären heute wohl weiter, als wir es sind.

### Kristiania streift zu Ehren Liebknecht's.

Kristiania, 27. Januar. (Privattelegramm der „Freiheit“.) Mehrere tausend Arbeiter haben gestern in Kristiania die Mäder ruhen lassen zu einem spontanen Demonstrationstreik zu Ehren Liebknecht's und Rosa Luxemburg's — als Protest gegen ihre Ermordung. Es wurde ein Begrüßungstelegramm an den Spartakusbund geschickt, daß sich in scharfen Ausdrücken gegen die Regierung Ebert-Scheidemann wendet.

### Erinnerung aus Krähwinkels Schredenstagen.

Von Heinrich Selas.

Wir, Bürgermeister und Senat,  
Wir haben folgendes Mandat  
Stadtpräsidenten an alle Klassen  
Der treuen Bürgerkraft erlassen:  
Ausländer, Fremde, sind es meist,  
Die unter uns gefäß den Geist  
Der Rebellion, Vergleichs Sünder,  
Wortklotz! sind selten Landesfinder.  
Auch Gottesleugner sind es meist;  
Wer sich von seinem Gotte reißt,  
Wird endlich auch abtrünnig werden  
Von seinen irdischen Befehlern.  
Der Christen gehorchen, ist  
Die erste Pflicht für Jud' und Christ.  
Es müsse jeder seine Bude,  
Sobald es dunkel, Christ und Jude  
Wo Herer drei beisammen sehn,  
Da soll man aneinander gehn.  
Des Nachts soll niemand auf den Gassen  
Sich ohne Leuchte sehen lassen.  
Es ließe keine Waffen aus  
Ein Jeder in dem Gildenhaus,  
Auch Munition von jeder Sorte  
Wird deponiert am selben Orte.  
Wer auf der Straße schöntert,  
Wird unerbittlich misshandelt;  
Das Misshandeln durch Gebärden  
Soll gleichfalls hart bestraft werden.  
Vertrauen eurem Magistrat,  
Der fromm und liebend schätzt den Staat  
Durch huldreich hochwohlwollendes Wollen;  
Guch ziemt es, freis das Maul zu halten.

### Die Schulgemeinde.

Von Oberlehrer Dr. Eisart.

Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat die Bildung von Schulgemeinden an den Volksschulen verfügt, in der richtigen Erkenntnis des Montaigneschen Satzes: „Das republikanische Staatsrecht: man hat alle Dinge die

gange Nacht der Erziehung. So fern auch bei jedem Pädagogen die Absicht liegen muß, die Schule für politische Klassenkämpfe zu mißbrauchen, so nahe muß ihm wiederum die Verpflichtung sein, die Schule, diese Gemeinde der werdenden Staatsbürger, auf denselben allgemeinen Grundsätzen aufzubauen und zu leiten, nach denen der Staat selbst eingerichtet ist. Die vornehmsten demokratischen Grundfälle sind: höchste persönliche Freiheit (die nur zugunsten des Allgemeinwohls eingeschränkt werden darf), Brüderlichkeit und soziale Gerechtigkeit. Aus diesen Grundbegriffen muß auch die neue Schule erwachsen.

Die Einführung der Schulgemeinde stößt — das sei hier unumwunden eingestanden — bei der heillosen Lehrerschaft auf mehr oder weniger hartnäckigen Widerstand und bösen Willen. Man glaubt, die alte und für gut gehaltene Autorität oder gar jede Autorität solle untergraben, die Lehrer entrechtet und zum Verleugern der Schüler gemacht werden. Diese Befürchtungen können nur in Menschen entstehen, die wohl die Umwandlung des deutschen Kaiserreiches in eine deutsche Republik mitmachen mußten, aber nicht begriffen haben, daß mit dem Systemwechsel notwendigerweise eine Neueinstellung der ehlich gerichteten Kräfte Hand in Hand gehen muß, wenn nicht das neue Staatsleben wiederum der inneren Unwahrheit verfallen soll. In der Republik darf nicht mehr die Autorität des Vorgesetzten gelten, sondern die Autorität der höheren Einsicht. Capour hat gesagt: „Mit dem Belagerungszustand kann jeder Ziel regieren. Auf die Schule übertragen, heißt das: Mit Hilfe von Strafen und Judzuren kann jeder Ziel unterrichten.“

Es wird am häufigsten gegen die neue Verfügung eingewendet, daß doch bisher in den meisten Schulen alles zum Besten gestanden hätte, so daß Lehrer und selbst Schüler keine Änderung wünschten. Nun: dieser Einwurf stellt den betreffenden Lehrern ein gutes und den Schülern vielleicht ein besseres Zeugnis aus, ist aber kein Anlaß, von einer Reform abzulassen, die der neue Geist der Zeit dringend notwendig macht. Gewiß, wenn die Schüler aus Furcht vor Strafen nicht ländigen und wenn sie im Laufe der Zeit sogar das Gefühl dafür verlieren, warum sie nicht ländigen, so ist der Erfolg da. Wenn aber dieser selbe Erfolg sich auf einem anderen Wege erreichen läßt, nämlich dadurch, daß der Schüler aus freier Selbstbestimmung nicht ländigt, sollte man dann nicht diesen Weg wählen? Fragt man jetzt einen Erwachsenen: „Warum tun Sie das? Das ist doch unrecht.“, dann bekommt man in den meisten Fällen die Antwort: „Es ist ja nicht verboten.“ So bleiben auch die Erwachsenen noch untere Schulstunden, denen nie das Gefühl erweckt worden ist, daß das Gute erst dann Wert hat, wenn es aus freier Entschlossenheit und nicht aus Furcht vor Strafe geboren ist.

Ich sprach in diesen Tagen mit einem Kollegen über die neue

Schulgemeinde. Der Kollege (ich weiß, daß er nur einer von vielen ist) wandte ein: „Ich brauche die Autorität des Erwachsenen; ich bin kein geborener Pädagoge. Wenn meine Strofen nicht wie der Blitz aus heltem Himmel niederfahren, dann tangen mir die Schüler auf der Nase herum.“ Welcher Deutsche, der ehlich die Republik wünscht, kann glauben, daß aus solchem System — mag es auch von der größten Gerechtigkeit getragen sein — unerledigene Bürger einer freibürgerlichen Staatsform hervorgehen werden? Und eben dieser Lehrer, der jetzt das Recht des Stärkeren nötig zu haben glaubt, würde er nicht vielleicht in der Schulgemeinde die Entlastung von einem Kräfteaufwand finden, der jetzt nur zum Ausgleich persönlicher Mängel und Schwäche dient? Würde er sich nicht einer höheren erzieherischen Aufgabe besser widmen können, wenn es ihm durch die Selbstregierung der Schüler möglich wäre, seine mangelhafte Disziplin durch die Mitarbeit der besseren Kräfte unter den Schülern ins Gleichgewicht zu setzen?

„Was zum ersten Male“, sagt Hoerster in seiner Jugendleuchte, „eine amerikanische Volksschule besucht“ — und sei das z. B. selbst in den ärmsten Stadtteilen New-Yorks oder Chicagos — der fällt von einem Staunen in das andere angesichts dieses auf gegenseitigem Respekt und freier Würdigung der Situation beruhenden Verkehrs zwischen Lehrern und Schülern. Dort erhält man einen Begriff von der Ordnungswirkung, der tiefgreifenden Milderung der Sitten, die von dem Appell an das Ehrgefühl, von achtungsvoller und vertrauender Behandlung ausgehen können. Ueberall trifft man die Worte „Selbstrespekt“, „Selbstregierung“, „Selbsttätigkeit“. Die Entfesselung und nicht die Repression aller Eigenkräfte des Schülers und dann wieder Erwertung dieser Kräfte zur freiwilligen Disziplin — das ist dort das alles durchdringende Prinzip.“

Wie hoch steht doch der Rang eines amerikanischen Schulsupervisors? Die Schulordnung soll nicht auf unterdrückter Aktivität beruhen, sondern auf vernünftig und zweckmäßig geleiteter und organisierter Aktivität? Sollte nicht die klare Erlösung des tiefen moralischen Wertes, der in diesem Satze liegt, jeden Lehrer veranlassen, sich mit heiligem Eifer dem neuen Geiste anzuschließen? Ruft man nicht da, wo dieses Sichaneinander nicht gelingt, auf den Gedanken kommen, daß kleinliche persönliche Rücksichten und Mängel gegen den edlen Geist einer neuen Zeit blind machen? Es sei hier noch angeführt, was ein anderer amerikanischer Pädagoge schreibt (alle diese Anschauungen sind natürlich den deutschen Pädagogen nicht fremd, ich führe aber amerikanische an, weil sie mehr aus der Praxis hervorgehen): „Das Tiefste und Wertvollste im Kinde ist eben dies Bestreben, ganz es selbst zu sein. Das erste und größte Gebot für den Lehrer ist also: Respektiere diesen Drang nach Selbstständigkeit im Kinde, der es treibt, sein eigenes Leben auf seine Weise zu

## Ein neuer Gewaltakt.

Die frühere Stuttgarter Polizeikommission, Schwester Genzler und die sich wegen ihrer friedensfreundlichen Propaganda über zwei Jahre in Schutzhaft befand und den unermesslichen Leiden ausgesetzt war, hatte sich im April 1918 der Revolution gestellt und sich dem Stellvertretenden Generalkommando des III. Armee-Korps, das gegen sie einen Steckbrief erlassen hatte, und erhielt von dort eine Legitimation des Inhalts, daß der gegen sie erlassene Steckbrief erloschen sei. Außerdem wurde ihr der Paß, der seinerzeit beschlagnahmt worden war, wieder ausgestellt. Jetzt hat man unter dem kaiserlichen Regime der „sozialistischen“ Regierung Ebert-Scheidemann einen neuen Gewaltakt gegen die Frau unternommen. Sie schreibt uns darüber folgendes:

Ende Dezember 1918 erließ in meiner Wohnung, Manufakturstraße 27, Charlottenburg, ein Kriminalbeamter, der mich ersuchte, ihm „zwei Ausstellungen eines Verfassungswortes“ die beiden Papiere (Legitimation und Paß) auszugeben. Ich tat dies ganz ruhig. Am 20. Januar d. J. wurde ich vorgeladen nach dem Polizeirevier, Charlottenburg, Warburger Straße. Dort eröffnete mir der Kriminalkommissar (seinen Namen weiß ich leider nicht) in ganz unerschämtem Tone, daß meine Papiere beschlagnahmt seien und mir nicht wieder ausgestellt werden würden. Auf meine Erwiderung, daß ich beide Papiere dringende Brauche und der Soldatenrat des III. Stellvertretenden Generalkommandos mir ausdrücklich versichert habe, daß diese Papiere mir nicht wieder abgenommen werden dürften, sagte er ganz verächtlich: „Der Soldatenrat hat gar nichts zu sagen. Was versteht der von Gesetzen! Wir tun, was wir wollen. Damit ist die Sache erledigt.“

Durch die Willkür dieses Mannes, der sich jetzt offenbar dafür rächen will, daß er seinerzeit gelegentlich meiner Arbeit vom Generalkommando einen Mißfall erhalten hat, bin ich also einfach wieder für vogelfrei erklärt worden und es steht jedem Beamten anheim, mich wieder festzunehmen. Ich wollte jetzt zu meiner Erholung, auf dringendes Anraten des Arztes, eine kleine Reise machen, doch bin ich durch diese elende Machination gezwungen, davon Abstand zu nehmen. Um dieser Schikane die Krone aufzusetzen, erklärte mir der Kriminalkommissar, daß er Anzeige gegen mich erstatten werde, weil ich seine hochwürdigste Verlobung einen „elenden deutschen Witz“ genannt habe.

Diese andauernde Verfolgung und Schikaneierung ehemaliger Schutzhaftangehender durch die Polizei und die freche Verhöhnung des Soldatenrats charakterisiert die Erregungszustände unserer Revolution. Sehr interessieren würde mich die Stellungnahme des Herrn Richter zu dem Verhalten der ihm unterstellten Beamten. Wie lange werden wir uns diese Gemeinheiten noch gefallen lassen?

## Neue Freiheitsberatung.

Aus einer schriftlichen Mitteilung Scheidemann an den Rechtsanwalt Dr. Curt Rosenfeld sind die von den Regierungstruppen besetzten Bäckereiauslässe usw. wieder freigegeben. Als daraufhin am Montag vormittag Genosse Ernst Meyer die in der Friedrichstraße gelegenen Räume der „Rosa“ besichtigen wollte, wurde er von einem Wachkommando der Republikanischen Schutztruppe (Eitz Reichstag) festgenommen. Ein telephonisch herbeigerufener Kommissar der Schutztruppe namens Gutmann nahm eine Reibschlichtung vor, zunächst in Gegenwart einer weiblichen Angestellten der „Rosa“, die erst auf Protest von Meyer hinausgeschickt wurde. Gutmann beschlagnahmte zugleich aus der Brieftasche harmlose Papiere, u. a. eine Aufstellung über entnommene Partimarken, Privatbriefe usw. Meyer wurde darauf im Auto in den Reichstag gebracht und dort von neuem von Gutmann „vernommen“. Nach stundenlangem Warten wurde Meyer schließlich dem Reichstagssozialisten Heymann jun. vorgeführt, der die Freilassung anordnete, aber einige Papiere zurückbehielt.

Genosse Meyer erfuhr dabei, daß die Republikanische Schutztruppe, die aus Reichstagssozialisten besteht, sich eine besondere Gerichtsbarkeit nebst Kriminalabteilung angeeignet hat. Auf den Hinweis Meyers, daß diese Institutionen rechtswidrig seien und den Regierungsanordnungen über die Aufrechterhaltung des alten Behördenapparats einschließlich des Gerichtswesens widersprechen, erklärten Gutmann und Heymann, daß dies zwar stimme, daß

leben. Mein Lehrer sollte sich scheuen, sogar eine kräftige Opposition gegen seine eigenen Ansichten zu begründen, wenn diese Opposition nur vernünftig und bescheiden ist. Wenige Dinge in der Erziehungswissenschaft stehen fester als dies: Wenn ein Lehrer oder Vater sein Kind zur Friederei zwingt, so kommt das Kind in Gefahr, künftig überhaupt vor jedem zu kriechen. Die Aufgabe des Lehrers ist, nicht die Ringe des Kindes nach Selbstständigkeit zu brechen, sondern es zu läutern, nicht es auszutöten, sondern es zu vergeistigen.“

Das ist der neue Geist, der walten soll und walten muß, wenn wir ehrlich ein neues Leben erstreben. Natürlich werden sich der Erlöser nicht von heute auf morgen einstellen. Wer das erwartet, bekundet eine geistige Unreife und Stagnation jedem reformatorischen Gedanken gegenüber. Ich selbst bin der festen Überzeugung: der Geist der Umordnung wird gar nicht oder nur vorübergehend hier und dort aufblühen, wenn die Lehrer mit besten Kräften an den neuen Aufgaben arbeiten und wirklich tief innerlich darüber sind Jugendbildner zu sein. Der Weg ist gewiesen. Viele werden ihn gehen: die Lehraufreuer, die den Glauben haben an die Jugend und an sich selbst. Viele werden zurückfallen; wir wollen nicht bedauern, sie verloren zu haben.

## Ein Reichsschulamt?

Stadtprof. Dr. Siechen in Frankfurt am Main, der bekannte Schulmann tritt zur künftigen Gestaltung der deutschen Unterrichtsbehörden sehr lebhaft für die Begründung eines Reichsschulamtes ein. Schon vor der Revolution hatte er als Reichsforschungsausschuss, daß eine zentralisierte organisierte gegenseitige Verständigung — ohne alle ideologische Macherei — alle Unstimmigkeiten beseitigen müsse, die z. B. noch in Bezug auf die Dauer der Schulpflicht, die Anstellung der Lehrer und zahlreiche andere Fragen zwischen den einzelnen Staaten bestehen und zum Teil geradezu widersinnige Erscheinungen mangelnder Wirksamkeit des Reichsgedankens zur Folge haben; als Träger dieser freien Verständigung hatte er dabei bisher eine Reichsschulkommission mit sehr erheblichen erweiterten Befugnissen im Auge gehabt, die zu schaffen wohl auch auf dem Boden der Reichsverfassung vom Jahre 1871 nicht ausgeschlossen war. Natürlich gewinnt nun mit den Vorkäufen der letzten Wochen die Frage des Reichsschulamtes ein völlig anderes Aussehen. Wenn wir einer sehr viel tiefer greifenden Neuordnung des Reiches entgegengehen, so hat auch das Schulwesen Anspruch darauf, durch ganz Deutschland hindurch die erwünschte Einheitlichkeit unmittelbar zu erreichen. Zu diesem Zwecke befragte Siechen im „Deutschen Philologenblatt“ das Reichsschulamt und schreibt: Die Arbeit eines solchen Amtes wird keine leichte sein.

Ihre Schutztruppe sich aber der besonderen Günstigkeit Scheidemanns, Eberts und Roskes erfreue, so daß der Protest unvollkommen sei.

## Ein Protest der Kriegsbeschädigten.

Die Kriegsbeschädigten des gesamten Elementarbereichs beschäftigten sich in einer Versammlung im Volkshaus Charlottenburg mit der Frage der Beschädigung und Entlassung der Kriegsbeschädigten. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird eine diesbezügliche Verordnung des Demobilisierungsamtes vom 9. Januar als ungenügend bezeichnet. Die Verordnung ermächtigt die Arbeitgeber, Kriegsbeschädigte nach 14 tägiger Kündigung zu entlassen. Nach der Veröffentlichung der Verordnung ist die Entlassung zahlreicher Kameraden ausgeprochen worden, die in den nächsten Tagen arbeitslos werden.

Die versammelten Kameraden fragten voller Erbitterung: Wie verhält sich diese Tatsache mit der Verpflichtung des Staates, diejenigen, die durch den Krieg am schwersten getroffen sind, im Wirtschaftsleben unterzubringen? Will man die Kriegsbeschädigten schuldig der Willkür der Unternehmer aufheben?

Die Kriegsbeschädigten verlangen den sofortigen Erlass einer Verordnung, die als wirkliche Schutzverordnung anzusprechen ist, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen jede Entlassung von beschädigten Kameraden verbietet. Ausgesprochene Entlassungen sind rückgängig zu machen. Sollte diese Forderung abgelehnt werden, so verlangen die Versammelten von ihrer Organisation die Veranstaltung einer Demonstration für Sonntag, den 2. Februar 1919, um in breiter Öffentlichkeit zu betonen, daß man seitens der verantwortlichen Stellen nicht geneigt ist, etwas zu tun, um die Leiden und Misse der Kriegsbeschädigten zu mildern.

## Weshalb die Kohlenförderung sinkt.

Unser Proger Parteiblatt „Arabo Lidu“ berichtet, daß in der vorigen Woche 3 Vertreter der Wiener Arbeiterkammer, abgelehnt von 52 Arbeiterverbänden mit der Bitte um Kohlen nach Prag gekommen sind. Die tschecho-slowakische Republik habe diese Bitte ablehnen müssen, weil die Verhältnisse sich auch bei ihr von Tag zu Tag verschlechterten. Die Kohlenförderung sinke beständig, teils weil die Arbeiterkammer nicht mehr die gleiche physische Kraft wie früher besitze, teils weil die ganze Bevölkerung, darunter auch die Versteuerten, von der allgemeinen Arbeitslosigkeit ergriffen sei, welche durch die Leiden des vierjährigen Krieges hervorgerufen wurde. Das Blatt wendet sich an die Bergleute mit der dringenden Bitte, diese Unlust zu überwinden und der Republik mehr Kohlen zu liefern. Diese werde dafür sorgen, daß die Kohlenförderung seinem Privatkapitalisten sondern ausschließlich der Allgemeinheit zugute komme.

Die von unserem Proger Parteiblatt angeführten Ursachen des Rückganges der Kohlenförderung in Böhmen treffen in vielerlei noch stärkerem Maße auch auf das schlesische und westfälische Kohlengebiet zu. Die Presse jedoch, die sich tagelänglich über die „Vergeltbarkeit“ der Bergarbeiter entsetzt, hat weder für diese Ursachen Verständnis, noch für die Tatsache, daß eine Besserung der bestehenden Verhältnisse nicht durch kapitalistische Verwaltungsmethoden, sondern nur durch schleunige Sozialisierung des Bergbaues erzielt werden kann.

## Ausweisverpflichtung der Wirtschaftspatrouillen.

Berlin, 27. Januar. Es ist in letzter Zeit öfters Mißbrauch mit der schwarz-roten Binde — dem Abzeichen der Republikanischen Schutztruppe — getrieben worden. Namentlich Wirtschaftspatrouillen haben sich dieses Abzeichens bedient.

Aus diesem Grunde sieht sich das Kommando veranlaßt, ausdrücklich zu bemerken, daß die Republikanische Schutztruppe ausschließlich nur Wirtschaftspatrouillen ausweisen, wenn sie den Befehl hierzu von der Kommandantur erhält. Witter ist ein solcher Befehl nicht gegeben worden.

Wenn also Wirtschaftspatrouillen mit schwarz-roter Binde angetroffen werden, so ist es zweifellos, daß sie von der Rechtsmäßigkeit der Ausweise zu überzeugen, und gegebenenfalls die Patrouille zurückzuweisen oder sogar festzunehmen zu lassen.

Denn es wird eine Pflanze z. B. recht verwickelter Einzelfragen zu lösen haben, die sich aus der geschichtlichen Entwicklung der Dinge in den Einzelstaaten ergeben, aber es läßt sich für einen von voller Sachkunde unterstützten Staatsmann kaum eine Aufgabe denken, die festlicher und lohnender wäre als die, die hier in Frage steht; es kann ihm beifallen sein, eines der wichtigsten Gebiete der Kulturpolitik für Deutschland in ganz neuem Geiste zu pflegen und der nationalen Wohlfahrt dienlich zu machen.

## Das XII. Sonntagkonzert der Volksbühne.

Im 12. Konzert des Verbandes der Freien Volkstheater führte ich Volkslieder und Madrigale, ausgeführt vom Chor für Kirchenmusik unter der trefflichen Leitung Professor Thiel's. Aber den Mittelpunkt des Konzerts bildete Schuberts unsterbliches Quintett, gespielt von der Kammermusikvereinigung der Kapelle des Opernhaus. Es war für mich eine Totenfeier, gewidmet dem Andenken eines großen Mannes, auf dessen Gedächtnis nun schon der erste Schnee liegt und den wir nicht vergessen können. Dieses wundervolle, vom Gange der Unendlichkeit durchwehte Lied mit dem tiefen, symbolischen Sinn: Die Fülle, vom Wanderer angesprochen und geliebt wegen ihrer Reinheit, durch ihr niedliches Spiel im Waldmenschlichen Vergleich. Sie sieht den Adler des Flocks und hütet sich vor der tödlichen Angel. Da trübt der tödliche Fischer die Reinheit des klaren Wassers und — die Fülle ist gefangen. Arme Fülle! Soll ich auf die einzelnen Fälle eingehen, wie im ersten das Cello so erschütternd weint, als ob es die Tragik des Kommenben; und wie im 2. dem wundervollen, ganz überirdischen und verklärten, zum Schluß die Seele, die erste Violine, löst sich von aller Irdischkeit, die Flügel ausspannt und ganz einfach himmelwärts fliegt in einer sanften Melodie, wie der dritte Satz wieder zum Leben zurückfindet im Scherzo und im Trio und dann der „Themasatz“, zuerst die Geige das Lieb, dann nimmt das Klavier auf, dann die Violine, das Cello und zum Schluß die Violine, wie in der letzten Variation das Klavier aufsteigt, anheimelnd gegen das unheimliche Schicksal, und wie das Trio-Thema beim Cello so sanft das harte Leben löst. Und der Schlußsatz vollendet dann alles Ganze zur Harmonie.

Das dankbare und begeisterte Publikum bekam dann noch entzückende Volkslieder zu hören, von denen die letzten drei sogar wiederholt werden mußten. Chor und Kammermusik leisteten vorzügliches und befandert Dank gilt der Ihnen Auswähl der Gesänge und ihrer Zusammenstellung durch Prof. Thiel.

Fritz Groß.

## Soldatenrat Beverloo.

In der Revolutionswoche in Brüssel sind an den Terzklub des Soldatenrates Beverloo von dem Volksgesandtschaft des Zentral-Soldaten-Rates Brüssel am 18. November 1900 nach am 14. November 1900 nach Brüssel worden. Die Leistungen sind unterzeichnet von den Kameraden Tausendbüch und Weis. Über diese Verträge muß Rechnung gelegt werden. Die Kameraden Tausendbüch und Weis werden gebeten, sich bei dem Liquidator des Volksgesandtschaft des Soldatenrates in Brüssel, Journalist Kollbech, Dorimund, Hagenstraße 60 in Verbindung zu setzen.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck dieser Zeilen gebeten.

## Landtagswahlen in Sachsen-Altenburg.

Altenburg, 27. Januar. Nach den bis 24 Uhr nachmittags vorliegenden Ergebnissen der Wahlen zur geschehenen Landesversammlung erhielten die Mehrheitssozialisten 4123, Deutsch-Demokraten 19467, Deutsch-Nationalen 6883 Stimmen. Aus dem dritten Teil der Wahlbezirke liegen noch keine Meldungen vor. Die aus 40 Mitgliedern bestehende Landesversammlung wird sich demnach wahrscheinlich zusammensetzen aus: 23 oder 24 Sozialisten, 11 oder 12 Deutsch-Demokraten und 6 Deutsch-Nationalen. Die Unabhängigen hatten keine eigene Liste aufgestellt.

## Die Internationale.

Bern, 27. Januar. Bisher sind beim Organisationskomitee der hiesigen Sozialistenkonferenz 40 Delegationen mit 120 Mitgliedern angemeldet worden, die bisher 12 verschiedene Länder vertreten.

Bern, 27. Januar. Laut „Corriere della Sera“ sind als beratende Mitglieder zur Abhaltung der internationalen Arbeiterkongresse in Paris der tschechische Abgeordnete Lenquinoz, die sozialistischen Abgeordneten Canepa und Cabrini, sowie der im vergangenen Sommer von seinem Amte zurückgetretene Generalsekretär der italienischen Gewerkschaften, Rigola, ernannt worden.

## Stellungnahme zum Parteitag.

### Vierter Kreis.

Nachdem der am künftigen Sonntag beginnende Parteitag der U. S. P. heute der Woche des IV. Kreises zum gestrigen Abend eine außerordentliche Generalversammlung in der „Krona“ einberufen mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag, 2. Wahl von Delegierten. Nach einer kurzen einleitenden Ansprache des Gen. Paul Hoffmann, in der er besonders auf die letzten „Taten“ der Scheidemann-Regierung hinwies, referierte Genosse Adolf Soffmann über das wichtige Verhandlungsthema des Parteitages, die Beziehungen zur Einigung des Proletariats. Seinen Ausführungen legte er im allgemeinen die Richtlinien der U. S. P. zu dieser Frage zugrunde und unterstrich daraus besonders folgende Punkte: Wie wir bisher müssen die Massen der Partei ihren Willen aufzwingen, nicht die Massen sich von den Führern führen, zu verführen lassen. Nicht die Erlangung dieser Mandate darf das oberste Ziel sein, denn die nächste Zukunft wird nicht nur im Parlament entschieden, sondern eine klare Einstellung des Massenwillens auf die Ziele des Sozialismus. Aus diesem Grunde muß dafür gesorgt werden, daß unser Programm penibel beachtet und nicht wieder aus- und umgedeutet wird. Die Einigung des Proletariats ist nur auf dieser Grundlage möglich. Die legale Bildung allererlicher Bestrebungen hat nicht zum wenigsten zum Zusammenbruch am 4. August 1914 beigetragen. Besonders Gewicht ist auf die Weibhaltung der Arbeiterkräfte zu legen, weil sie die wirklichen Träger der revolutionären Ideen sind; sie müssen die ständige Kontrolle der Parlamente sein und nötigenfalls ihnen ein ausschlaggebendes Gegengewicht bieten. Die Durchführung der Hamburger sieben Punkte und die Schaffung einer im Wesen des Sozialismus begründeten Volkswirtschaft ist dringende Notwendigkeit. Als nicht zu vergebende Bedingung muß die Einsetzung einer Untersuchungskommission aus Delegierten aller Parteien sein, die die Vorgänge, die sich während der Revolution abgespielt haben, einwandfrei aufklärt und feststellt. Der Referent fand den ungeteilten Beifall der Versammlung. Die nachfolgende Debatte unterstrich im wesentlichen nur, daß die Einigung des Proletariats notwendig sei, aber nur mit solchen Leuten vollzogen werden kann, die sich grundsätzlich auf sozialistischen Leben stellen, nicht aber mit schwankenden Bekämpfern und Verrätern des Sozialismus.

### Teltow-Beestow.

Am Montag nachmittag nahm die Generalversammlung der Profes Teltow-Beestow zum Parteitag Stellung. Genosse Zubeil hielt das Referat. Er bemerkte, daß der Parteitag nicht früher, vor den Wahlen, einberufen worden sei. Der jetzt Termin sei unglücklich. Kommen sei es, daß unser Partei ein Programm erhält, denn nach dem Entwurf Programm können wir in Zukunft nicht mehr arbeiten. Bei den Wahlen hätten wir in den meisten Bezirken Deutschlands, aber auch in Groß-Berlin, nicht gut abgeschnitten. Hier machen sich die Mängel einer festen Organisation bemerkbar. Der Parteitag werde sich mit dem gründlichen Ausbau unserer Organisation befassen müssen. Die Vorschläge zur Einigung, die von Tegel und der Zentralstelle gekommen seien, seien unannehmbar. Solange die Politik der Reichsozialisten, die auf der Krisenpolitik basieren, nicht aufgegeben werde, könne von einer Einigung beider Parteien keine Rede sein. Der Parteitag müsse sich auch mit der Umgestaltung unserer Presse, insbesondere der „Freiheit“, beschäftigen. Zur Aufbesserung der finanziellen Verhältnisse werden besondere Maßnahmen zu treffen sein. Der Partei ließe vor ertreten politischen Aufgaben. Alles werde davon abhängen, welche Stellung die Nationalversammlung zur Revolution einnehme. Unsere Pflicht sei es, vorwärts zu streben, die Führung der Revolution zu übernehmen und dem Sozialismus zum Sieg zu verhelfen. In dieser Hinsicht müsse der Parteitag klare Richtlinien aufstellen.

In der Diskussion wurde das Wahlergebnis günstiger beurteilt. Die Redner wiesen auf die Schwierigkeiten, den Mangel an Mitteln und des Apparats, mit dem wir überall an kämpfen hätten, hin. In einer großen Reihe von kleinen Orten hätten wir keine Organisation und konnten keine Wahlkämpfe gewinnen, trotzdem habe wir auch hier Stimmen erhalten. Die Frage der Einigung des Proletariats könne nicht durch Verschmelzung der beiden Parteien entschieden werden. Die Reichsozialisten hätten mit dem Sozialismus nur noch den Namen gemein. Anführer-Kreisler verlangte, daß die Frage der Parteieinigung in einer weiteren Programm eine Korrektur erfahre. Im kapitalistischen Staat gebe es für einen Sozialdemokraten keine Landesverpflichtung. Dierkel-Kreisler erklärte, daß er für die Wahlen zur Nationalversammlung nicht anstreben konnte, weil ihm die Wahl innerlich widerstrebe. Er hoffe, das neue Programm der Partei den einzelnen Genossen im Spielraum lasse. Der Parteitag fände in einer Sitzung

Der die Mitte der Partei laggelegt sei. Dem neuen Programm und der Taktik mühen die Lehren der Revolution zugrunde gelegt werden. Nur durch die Wahrung der Revolution könnten wir zum Siege gelangen. Damit soll nicht gesagt sein, daß dies durch Waffengewalt geschehen müsse. Unser wichtigstes Mittel sei die Massenarbeit. Im Kampfe gegen den Kapitalismus werde die U. S. P. die kommunistische Partei stets an ihrer Seite finden. Von mehreren Rednern wurde verlangt, daß das Rätesystem im Erfurter Programm einen Platz finde.

Breitscheid führte aus, schuld an dem Ausfall der Wahl sei nicht zum geringen Teil die Politik, die unsere Partei seit dem 9. November geführt habe. Wir hatten eigentlich überhaupt keine Politik. Unsere Partei pendelte zwischen links und rechts hin und her. In dem Rätesystem wurde keine Stellung eingenommen. Dazu kam, daß sich Gruppen von Genossen bildeten, die die Partei auf bestimmte Aktionen festlegte, ohne das Einverständnis der Partei dazu einzuholen. Wir mühen ein festabgegrenztes Fundament schaffen, auf dem die U. S. P. steht. Das Erfurter Programm sei in keinem Teile der Wegweisende überholt. Der grundsätzliche Teil müsse auch weiterhin unsere Basis bleiben. Die Rechtssozialisten bekennen sich zwar ebenfalls zu dem Programm, aber sie handeln nicht danach. Auf der Grundlage des Erfurter Programms müsse für die nächste Zukunft ein Aktionsprogramm geschaffen werden. Dabei sei den Arbeiterräten ein Platz einzuräumen. Es soll ein sozialdemokratisches Programm sein, damit seien die Genossen zu den anderen Parteien gezogen. Die Kommunisten seien keine Sozialdemokraten, sondern Sozialisten. Im Parlamentarismus hätten wir niemals das einzige oder richtige Mittel unseres Kampfes erblickt. Wir vertrauen auf die Kraft des Volkes. Schärfer noch als gegen links müsse die Wrenge gegenüber rechts gezogen werden. Die Sache demänner seien keine Sozialisten mehr. Sie wollen die bürgerliche Republik in eine sozialistische umlagern. Für die Einigung des Proletariats müsse die Parole gelten: nicht Einigung über die Köpfe der Führer, sondern Einigung ohne die Köpfe der Führer. Mit der kommunistischen Partei gegen den Kapitalismus zu kämpfen, wüden wir natürlich gern bereit sein.

Richard Müller mißt ebenfalls der Politik der Parteileitung die größte Schuld an dem Wahlausfall bei. Unsere Genossen in der Regierung hätten in Gemeinschaft mit den Scheidemännern seit dem 9. November Stück für Stück der Errungenschaften der Revolution abgetragen. Die Politik der Partei und insbesondere die Haltung der Partei gegenüber den linken Mitgliedern der Reichsversammlung dem Sozialismus zum Siege verhelfen wollen.

Obel spricht für eine Einigung mit den Rechtssozialisten und für das Verbleiben der Sozialisten in unserer Partei. Er findet heftigen Widerspruch.

Voghter meint, die Einigung des Proletariats dürfe nicht von Personen abhängig sein. Mit dem Schlagwort „Sozialistische Republik“ mühen wir die Arbeitermassen für uns gewinnen können. Erst, der beinahe vollständige Anschlag an die Demokratie gescheitert habe, erhalte bereits eine platte Abfolge von ihnen. Die Rechtssozialisten hätten zu entscheiden, ob sie gegenüber der bürgerlichen Mehrheit der Reichsversammlung dem Sozialismus zum Siege verhelfen wollen.

Die Mitarbeit unserer Genossen in der Regierung war eine politische Notwendigkeit. Sie hätten dadurch nicht im geringsten ihre Überzeugung preisgegeben. Unsere Vertreter haben durchaus nicht jede Politik mitgemacht.

Peters hätte gewünscht, daß trotz der Mitarbeit unserer Genossen in der Regierung, unsere Partei eine konsequente Haltung gegenüber der Regierungspolitik eingenommen hätte. Da sie es nicht getan habe, sei durch die Mitarbeit unserer Genossen in der Regierung der Gegenangriff unserer Partei auf den Rechtssozialisten vermischt worden. Redner lenkt noch die Aufmerksamkeit auf die Jugendagitation.

Darauf wird die Debatte abgebrochen und zur Neuwahl des Kreisvorstandes geschritten. Die Kandidaten erklären, daß sie auf dem Boden der U. S. P. stehen. Genosse Freygang bemerkt, daß er keine Entscheidung, ob er in der Partei verbleibe, von dem Ausgang des Parteitag abhängig machen werde.

Es wurden gewählt: Als Vorsitzende mit gleichen Stimmen: Freygang, Treptow und Künstler. Neudän, als Schriftführer: Gollmig, Schöneberg, Kassierer: Widley, Baumshulzenweg, Böttger; Sachmann, Dr. Löwenstein, Genossin Böhm, als Revisoren: Wülbelt, Scharlinki und Günther; in die Propagandakommission: Widley, Baumshulzenweg und Neumann-Kowames; in die Agitationskommission für Brandenburg: Schneider-Neudän; als Revisor für Berlin: Oßburg-Neudän.

Es lagen eine Reihe Entwürfe zum Parteitag vor. Angenommen wurde der Antrag, daß Genossen, die einer zweiten Partei angehören, als ausgeschlossen zu gelten haben. Ferner wurde eine Resolution zur Förderung der Jugendagitation angenommen. Wegen der vorgerückten Zeit wurden die übrigen Entwürfe dem Vorstände zur Berücksichtigung überwiesen.

Nach dem Verzicht der Mandatsprüfungskommission waren auf der Versammlung am Abend 180 Delegierte aus 33 Orten, 5 Mitglieder der Agitationskommission, 15 Vorstandsmitglieder, Genosse Zuberl als Vertreter des Kreises in der Reichsversammlung und Genosse Voghter vom Parteivorstand.

## Kohlennot.

Berlin steht vor einer Kohlenkrise. Die Kohlenvorräte für die Elektrizitätswerke sind so gering, daß die Berliner Industriellen nicht länger als eine Woche mehr mit Strom versehen werden können. Es ist geplant, die gesamte elektrische Stromzufuhr für alle Industrien Berlins zu sperren. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, was eine solche Katastrophe bedeuten würde. Die Zahl der Arbeitslosen würde furchtbar steigen, das Wirtschaftsleben aufs äußerste geschädigt werden.

Die bürgerliche Presse benutzte diesen Anlaß zu einer erneuten Stimmungsmache gegen die Arbeiter, deren Streiks zu dieser Krise geführt hätten. Wir hoben wiederholt betont, daß wir bei den geänderten Nachverhältnissen zwischen Arbeitern und Unternehmern Streiks in vielen Fällen für überflüssig halten. Das kann uns aber nicht hindern, zu sagen, daß die gegenwärtige Stimmungsmache vollständig ungerechtfertigt ist.

Wir wissen, daß in den Kohlengebieten trotz der Streiks Kohlenvorräte vorhanden sind, daß namentlich in Rheinland-Westfalen Kohle gegenwärtig gestürzt werden muß. Wir stützen uns dabei auf zuverlässige Angaben, sowohl von Arbeitern, als von Unternehmerseite, aus denen auch hervorgeht, daß die Leistung der Arbeiter im Kohlengebiet nicht wesentlich zurückgegangen ist.

Der Grund für die schlechte Kohlenversorgung ist anderswo zu suchen. Es handelt sich um eine Transportfrage. Kohlen sind vorhanden, aber sie können nicht fortgeführt werden, weil es an Lokomotiven mangelt, einmal durch die Abgabe von Lokomotiven an die Entente, dann aber durch die Verlangsamung der Reparaturen.

Der letzte Umstand wird ebenfalls zu Angriffen auf die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten benutzt. Wieder mit Unrecht. Es mag sein, daß nach den langen Kriegsjahren und bei der chronischen Unterernährung die Leistungsfähigkeit der Arbeiter im allgemeinen zurückgegangen ist, wozu auch noch die politische Erregung beitragen mag. Der Hauptgrund liegt jedoch, wie die Arbeiter glaubwürdig mitteilen, daran, daß es in den Werkstätten sehr oft an nötigen Rohmaterial und am Werkzeug fehlt. Auch hier handelt es sich also um Ursachen, für die die Arbeiter nicht verantwortlich gemacht werden können.

Es würde noch einer besonderen Untersuchung bedürfen, die Frage zu beantworten, ob nicht die Organisation unseres ganzen Transportwesens große Mängel aufweist. So folgenreich auch die Mobilisierung der Lokomotiven gewesen sein mag, ganz läßt es sich doch nicht erklären, daß dadurch das ganze Transportwesen so vollständig in Unordnung geraten ist, wenn man bedenkt, daß doch gleichzeitig durch das Aufhören des Krieges die Transporte eine außerordentliche Einschränkung sowohl der Zahl als dem Gebiet nach erfahren haben. Man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß hier von den Lehmern, in denen der alte bürokratische Geist noch allein herrschend ist, sehr viel verfaul sein muß.

Jedenfalls muß man von der Regierung verlangen, daß sie nicht sich damit begnügt, daß der Unwille über die Katastrophe sich gegen die revolutionäre Arbeiterschaft richtet. Wir meinen, es muß möglich sein, besondere Kohlenzüge für Berlin zu organisieren. Die Regierung will ja gerade jetzt Extrazüge für Weimar einführen. Wir meinen, Extrazüge für Berlin wären eine dringendere Notwendigkeit.

## Groß-Berlin.

### Abbau der Arbeitslosenunterstützung.

Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung hat eine Verordnung erlassen, daß Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gegangen sind, sowie Kriegsteilnehmern, die an einem Ort ihren Aufenthalt genommen, ohne an ihm ihren Wohnsitz zu haben, dort nicht länger als insgesamt vier Wochen Unterstützung gewährt werden darf. Der Demobilisierungsausschuß Groß-Berlin hat daraufhin beschloffen, Unterstützungen an solche Personen nur für höchstens 14 Tage auszusprechen. Diese Beschränkung tritt nicht ein, wenn Erwerbslose in Groß-Berlin mit ihrer Familie einen gemeinschaftlichen Hausstand bereits begründet haben und noch führen, oder wenn die Rückkehr in den früheren Wohnort tatsächlich unmöglich ist.

Für die Übergangszeit ist bestimmt, daß Personen, denen auf Grund der vorstehenden Bestimmungen nur für 14 Tage Erwerbslosen-Unterstützung zusteht und die bereits Unterstützung begiehn, an dem auf den 4. Februar

folgenden bis für sie als Zahlung feststehenden Wochentag zum letzten Mal Unterstützung ausbezahlt wird. Freie Fahrt zur Reise in den früheren Wohnort wird aus Mitteln der Erwerbslosen-Fürsorge bewilligt.

Die Arbeitsweise dürfen den der Beschränkung der Unterstützungsdauer unterliegenden Personen nur insoweit Arbeit vermitteln, als erwerbslose Groß-Berliner Arbeiter für die Befreyung der offenen Stellen nicht vorhanden sind.

### Die Milchversorgung Groß-Berlins.

Die Interessenten sind noch wie vor bestrahlt, besonderen Profit für sich einzubehalten. Demgegenüber erklärt die Fettstelle: „Es bleibt dabei, daß die Interessenten ihren gesamten Verdienstsatzschlag um 75 Prozent erhöht und den Eierpreis der Milch um 18 Pct. verteuert haben wollen. Der Vorwurf, die Fettstelle habe die Verhältnisse einseitig dargestellt, ist völlig haltlos. Die Fettstelle vertritt das öffentliche Interesse und weiter nichts. Aber gerade von diesem Standpunkt aus muß sie sich dem entgegenstellen, daß die Interessenten nach Vorbildern auf anderen Wirtschaftsgebieten jetzt glauben, sich zum Herrn der Lage machen zu können. Wenn von seiten des Milchhandels bemerkt wird, daß er im Kriege in vollem Umfange seine Schuldigkeit getan habe, so muß darauf hingewiesen werden, daß die Fettstelle wiederholt genügend, wenn die Milch in völlig unzureichender Beschaffenheit — gewässert, sower oder entfettet — in Groß-Berlin eintraf, eingeschickten und die Milchpachtungen an sich zu ziehen. Die Fettstelle ist zur Übernahme einer Meierei in eigene Verwaltung geschritten, als der Anhaber, das Volkunternehmen Ende 1917 — also trotz Ungunst der Kriegsverhältnisse — eingekauft und seine frühere Meierei aufpeitscht hatte, und als diese Aufkündigung Groß-Berlin mit einem Monopol bedrohte. Die Fettstelle Groß-Berlin hat damit das drohende Privatmonopol durchbrochen und zugleich den Weiterbetrieb der stillgelegten Meierei im öffentlichen Interesse ermöglicht.“

Es ist richtig, daß die Fettstelle Groß-Berlin einen Schwerfährigen eigens damit betraut hat, die Unkosten, mit denen die Meierei volle arbeitet, zu ermitteln. Aber es ist falsch, daß die Fettstelle diesen Spieles ohne weiteres als berechtigt anerkennen muß, denn wenn sie in ihrem eigenen Meiereiunternehmen mit geringeren Unkosten arbeitet, so muß dies auch der Meierei volle möglich sein, zumal die Meierei volle einen Teil ihrer Milch beinahe ausschließlich an Verbraucher absetzt, hierbei also auch nach den Kleinhandelsverhältnissen bezieht. Besonders eigenartig berührt es, wenn die Milchinteressenten für eine Erhöhung des Milchpreises mit der Milchindustrie eintreten, es könnte hierdurch die Milchzufuhr vom Lande gestoppt werden. Wenn die Interessenten begehren lediglich die Erhöhung ihres Verdienstes, mit dem Produktionsanstieg haben ihre Forderungen dabei nicht das mindeste zu tun. Was sich irgend zur Behebung der Milchproduktion und der Milchzufuhr tun läßt, ist von der Fettstelle Groß-Berlin durch Gewährung von Prämien, Unterstützung von landlichen Meiereien, Einstellung von Revisionspersonal und ähnliches geschehen. Richtig ist, daß die beteiligten Berufsvereine durch den ungeheuren Rückgang der Milchzufuhr auf etwa ein Fünftel der Friedensmenge außerordentlich betroffen worden sind. Aber ein solcher Rückgang kann keineswegs durch eine übermäßige Belastung des Konsums, vielmehr lediglich durch eine Konzentration innerhalb der Betriebe ausgeglichen werden. Die Fettstelle Groß-Berlin glaubt noch wie vor, daß die ruhige Überlegung in den beteiligten Berufsvereinen den Sieg davontragen wird. Die Interessenten werden schließlich den Beweis dafür erbringen wollen, daß sie zur Mitwirkung auf einem der wichtigsten Versorgungsgebiete nicht geeignet seien.“

Wir glauben, daß es nötig wird, diese Interessenten auszuscheiden.

Arbeiter-Samariter-Bund (Kolonne Groß-Berlin). Sämtliche Arbeiter-Samariter, welche sich freimachen können, werden dringend gebeten, zur Überwindung der Revolutionen am Mittwoch, den 29. d. Mts., mittags 1 Uhr pünktlich, auf dem Städtischen Friedhof in Friedrichsfelde in der Station mit Arm- und Beinbinden zum Vorhause der Bestattung zu stehen.

Die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger bringt am Donnerstag als Volksspiel bei kleinen Preisen in den Sophienkassen (Sophienstr. 17/18) eine einmalige Aufführung des Elementar-Kabarettbüchens Lustspiel „Im weißen Rößl“ mit Heinz Gordan als Gast; am gleichen Tage in den Kassen des Theaters, Lichterfelde-Str., das Lustspiel „Die spanische Felle“ mit freundlicher Bewilligung der Direktion des Lustspielhauses.

Kawawes. Täglich findet in der Turnhalle in der Scharnhorststraße und in unserer Verkaufsstelle Wilhelmstr. 40/41 bei Kuhn der Verkauf von Futterkartons statt.

### Aus den Organisationen.

#### Nieder-Barnim.

Mittwoch, den 29. Januar, abends 6 Uhr im Kaffee Welleuse, Bahnhof Ströhan-Nimmelsburg, Kreis-Generalversammlung. Der erweiterte Vorstand tritt in demselben Lokal bereits um 5 Uhr zusammen. Der Kreisvorstand.

5. Kreis. Mittwoch, 7 Uhr, Extra-Zahlabend aller Abteilungen in den bekannten Lokalen.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Willepp, Reuhöfen. — Druck der Einheits-Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

**Sprech-Apparate und Platten**  
BIAL & FREUND  
ALEXANDERSTR. 97  
BERLIN S. 42

GROSSE AUSWAHL  
BILLIGE PREISE.  
Auf Wunsch  
BEQUEME  
ZAHLWEISE



Verlangen Sie unsern Prospekt 333.

**PAUL CASSIRER VERLAG**

Sozialistische Schriften  
zur Revolution

**EDUARD BERNSTEIN**  
Staatenbund oder Völkerbund.

Preis 1.50 Mark.

Die Diagnose der Weltkrankheit und das Rezept zu dauernder Gesundheit.

Hannowacker Kautabak  
Zigarren, Zigaretten.  
Sander, Neue Königstrasse 33.

**Gitarrezithern**  
mit Verstärkungen 25.—, große  
6-akkordige 38.— (Ladengrosch 25.—  
bis 15.—), Mandolinen,  
Gitarren 45.—, elektrische 85.—,  
Konzertlaute 125.— bis 145.—,  
Schülerviolinen 45.—, Kon-  
zertlaute m. E. 115.—, Künst-  
lervioline 145.—, Unterricht-  
K.—, Monatsabonnent (10-stündige  
Schellkurse)  
Ernst, Oranienstr. 166, III.

**Friedensplano 1250.—**  
hochlegant es. schwarzes Nub-  
baumplano 1950.—, schwarzes  
(Prach. 2100.) 2800.—, elegant  
Konstrukt. 2800.—, schwarzer  
Stein 1800.—, verkauft  
Ernst, Oranienstr. 166, III.

10 Botenfrauen  
sucht Spedition Arzt,  
Simeonsstr. 2.

Botenfrauen  
suchen sofort gleich St. Marie  
Str. 10, Berlin W., St. Marien-Str. 10,  
n. part.

6 Botenfrauen  
verlangt Spedition Hennig,  
Lottumstr. 14.

**Botenfrauen**  
für die Freiheit stellt ein  
Spedition Tempelhof  
Bartsch,  
Friedrich-Wilhelm-Str. 80,  
Hof part.

**Botenfrauen**  
sucht  
Schulz, Friedenau,  
Rheinsstraße 51.

**Botenfrauen**  
sucht Spedition  
Lübbecke Str. 45.

**Spezial-Behandlung**  
von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art

bei Männern und Frauen, Harnröhrenentzündung, Syphilis, Mundaus-  
brüche, Flechten, Dermiden, Mannschwäche, Nieren-, Blasenleiden  
u. a. m.

Primärarzt Dr. Hermanns erfolgreichem, giftlos, Heilverfahren  
möglichst schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Berufs-Verlust. Auch  
Anwendung der wissenschaftl. neueren u. älteren, bewährten Mittel.  
Höhenkur. Auf Wunsch Sanatorium-Behandlung.

Dir. Hermanns  
Eisassenerstr. 42, I (4 Min. v. Stett. Bahnh.)  
Sprechst. 10—12 u. 3—7 Uhr.  
Sonnt. v. 10—11 Uhr vorm.

**Gehpelz**  
mit gutem Luchsbau und  
gutem Pelzfall sehr preis-  
wert zu verkaufen.

Gelegenheit!  
**Blauer Bazar**  
Kaiser-Wilhelm-Str. 14,  
beim Alexanderplatz.

Reizend  
Schlafzimmer, Küche, Ankleide-  
schrank, Verach. einz. Umbaurolle,  
Charmelogen, Bettstellen, eisernes  
Bett, Schrank, Waschbrett,  
Trennwand, Teppich, Federbetten  
verk. mit Teils. Köpenicker Str. 154,  
4. Etg. Verkauf an Privatleute.  
Händler verboten.

**Spiralbohrer Metalle**  
Kant. Pegenecker, Neue König-  
str. 38, Hof p. L. am Alexanderpl.

**Photoapparate!**  
Kinoapparate: Ernst, Brückensstr. 6.

**Sealmäntel**  
moderne Form, neuestes  
Seidenfutter, billig abzugeben

**Blauer Bazar**  
Kaiser-Wilhelm-Str. 14,  
am Alexanderplatz.

**Botenfrauen**  
sucht

**Lehmann, Liebigstr. 10.**

**Botenfrauen**  
sucht Spedition PAUL,  
Grüner Weg 18.

**Zeitungs-  
Austrägerinnen**  
werden eingestellt in der  
Expedition der „Freiheit“,  
Berlin NW 6, Schiffbau-  
damm 19, 4 Treppen.

**MUTTER ERDE** Der kommende Film des Tages!  
Regie: Eugen Burg